

**19. Karlsruher Gespräche 2015**  
**Global DemocraCITIES: Zwischen Triumph und Niedergang**

**Einführung am Freitag, 27. Februar 2015**  
*Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha*

– Es gilt das gesprochene Wort –

### **Einführung**

Prof. Dr. Saskia Sassen hat uns neulich daran erinnert: „Nichts, das lehrt uns die Geschichte, ist wirklich von Dauer – außer den Städten. Sie haben alles überlebt: den Fall von Imperien und Königreichen, Revolutionen, Regierungen und den Kollaps von Banken.“ Nichts liegt uns näher als die Stadt – das lässt sich auch statistisch untermauern: Laut der UN-Studie *World Urbanization Prospects 2014* leben jetzt bereits 54 Prozent der Weltbevölkerung im städtischen Raum. 1950 waren es lediglich 30 Prozent. Regional lassen sich klare Modernisierungs- und Entwicklungszusammenhänge aufzeigen: In Nordamerika, Lateinamerika und der Karibik leben heute schon über 80 Prozent in urbanen Zentren, in Europa etwa 73 Prozent. Teile von Afrika und Asien sind noch überwiegend ländlich geprägt. 40 bzw. 48 Prozent leben in den Städten, die rapide wachsen. Die größten Landbevölkerungen leben in Indien und in China, denen gemeinsam mit Nigeria die höchsten Bevölkerungszuwächse in den nächsten Jahren prognostiziert werden. Nach einer Schätzung der Weltbank ist damit zu rechnen, dass in den nächsten 15 Jahren allein in China weitere 300 Millionen Menschen in Städte ziehen werden. Eine Entwicklung, die den Druck auf die Städte weiter erhöhen wird.

Lassen Sie mich auch noch ein paar Zahlen zu den Megacities vortragen, die für uns in unserem beschaulichen Karlsruhe ja kaum vorstellbar sind. Tokio bleibt trotz alternder Bevölkerung mit 38 Millionen Menschen die größte Stadt der Welt, gefolgt von Delhi mit 25, Shanghai mit 23, Mexiko City, Mumbai und São Paulo mit jeweils etwa 21 Millionen Einwohnern. Bis 2030 wird prognostiziert, dass es etwa 41 Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern geben wird. Die Bevölkerung meiner schottischen Heimat würde mehr als siebenmal im Großraum Tokio unterkommen, Baden-Württemberg mehr als dreimal.

Meine Damen und Herren, mit diesen aktuellen Zahlen will ich Ihre Aufmerksamkeit auf die quantitativen Anfangsbedingungen lenken, mit denen wir es zu tun haben, wenn wir unser Thema „Global DemocraCITIES: Zwischen Triumph und Niedergang“ näher betrachten. Qualitativ müssen wir uns fragen, welche systemrelevanten, insbesondere demokratierelevanten Fragen sich hiermit stellen. Dass wir in diesem Jahr das Thema „Stadt“ in den Vordergrund stellen, hat einerseits mit dem bereits erwähnten 300. Geburtstag Karlsruhes zu tun, andererseits damit, dass es eine notwendige und logische Fortführung unserer Themen der letzten Jahre darstellt: alles Themen, die uns mit ihren Dynamiken weiterhin eingehend fordern; alles Themen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklungen der Städte haben. Und umgekehrt: Der Erfolg oder Misserfolg städtischer Entwicklung beeinflusst das Weltgeschehen vom Klima bis zu Flucht- und Migrationsbewegungen.

2011 beschäftigten wir uns mit Google-Kulturen und der Macht des Netzes. Die Technologie, die uns die Entwicklung der sozialen Medien ermöglicht, ist aber zugleich eine Voraussetzung für eine global vernetzte Zivilgesellschaft. Und wie wir wissen: Soziale Medien werden in erster Linie für die Kommunikation auf lokaler Ebene eingesetzt.

2012 standen die neuen Unübersichtlichkeiten in einer globalisierten Welt im Mittelpunkt, insbesondere hinsichtlich der unmittelbar damit verbundenen Probleme der Entscheidungsfindung und der zunehmenden faktischen Unterminierung klassischer parlamentarischer Souveränität auf der nationalstaatlichen Ebene.

2013 betrachteten wir die „Zwischengesellschaft“, in der die Widersprüche zwischen Tradition und Moderne auch unmittelbar bei uns, im glocalisierten Raum in manchen Städten, zunehmend sichtbar und potenziell konfliktreicher geworden sind. Wir stellen fest: In vielen Städten stellen Prozesse der Integration und Segregation der Bewohner hinsichtlich Lebensbedingungen, Einkommensniveau, Ethnizität und Religion große Herausforderungen dar. Einerseits nimmt weltweit die Anzahl geschlossener privater Wohnkomplexe (gated communities) zu – sei es aus Angst vor Kriminalität oder, bei Bewohnern mit einem hohen sozialen Status, aus dem Wunsch heraus, „unter sich bleiben zu wollen“. Andererseits sind „Parallelgesellschaften“ zu nennen, die sich freiwillig oder unfreiwillig räumlich, sozial und kulturell von der jeweils vorherrschenden Mehrheitsgesellschaft abschotten. Beide Ausprägungen sind nicht hilfreich für ein offenes, demokratisches, sozial integriertes Gemeinwesen einer Stadt, sondern verstärken soziale und kulturelle Abgrenzung.

Leider ist der Zusammenhalt der Städte oft gefährdet von dieser Doppelproblematik. Auch angesichts zunehmender weltweiter Radikalisierungstendenzen rücken Fragen wie die folgenden verstärkt in den Fokus: Bleibt die Vision „Unity in Diversity“ eine Utopie – oder können wir von einer langsam sich durchsetzenden Realisierung von Diversity als globaler Norm ausgehen? Und wie lassen sich unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensstile in einer sich rasant verändernden Gesellschaft miteinander vereinbaren? Zusammengehörigkeit ist ein fortdauerndes Projekt, das ständig neu erarbeitet werden muss. Eine aktive Zivilgesellschaft und eine tätige und verantwortungsbewusste Kommunalpolitik und Verwaltung müssen städtische Identitäten immer wieder neu stärken und Rahmenbedingungen für den Zusammenhalt der Stadtgemeinschaft schaffen.

Schließlich bei den letztjährigen Karlsruher Gesprächen zum Thema „Welt(markt)gesellschaft: Vom Handel mit Waren, Daten und Menschen“ fragten wir uns unter welchen Bedingungen wir die nationale Entgrenzung von Geld-, Waren- und Datenflüssen, die zur Entstehung eines globalen Marktes geführt haben, gutheißen können. In seiner damaligen Eröffnungsrede zum Thema „Politik der Weltgesellschaft: Ist die globale Dynamik politisch erreichbar?“ vertrat der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio in Anlehnung an Immanuel Kant seine Idealvorstellung einer „föderalen Weltrepublik in segmentierten Demokratien, die immer stärker miteinander kooperieren und die sich auf allgemeine Regeln für die anderen Systeme der Gesellschaft verständigen“.

Alle diese Themenfelder der vergangenen Karlsruher Gespräche sind nach wie vor besonders relevant für die dynamische Entwicklung unserer Städte. Viele Metropolen sind weit entfernt vom Ideal einer Stadt, die die Herausforderungen der globalen Moderne zu meistern versteht. Ihre Verantwortung für eine ökologisch, kulturell und sozial ausgeglichene Entwicklung wächst.

Einerseits wird eine moderne wissenschaftsgestützte Stadtplanung wichtiger denn je. Entstehende Umweltprobleme sowie Fragen der Energieversorgung, der Mobilität, des Managements von Ressourcen, der Bildungsinfrastruktur und der Abfallentsorgung stellen enorme Herausforderungen dar. Das Wohnraumproblem in stark wachsenden Weltregionen führt oftmals zu kaum überschaubaren und nur schwer steuerbaren informellen Behausungen wie etwa den Favelas in Brasilien oder Nigeria. Acatech – die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass gerade die Entwicklungs- und Schwellenländer den globalen Urbanisierungstrend immer schlechter verkraften. In einigen Weltregionen versucht man daher, mithilfe von Planstädten,

die von Architekten auf dem Reißbrett erdacht werden, den rasanten Bevölkerungszuwachs zu bewältigen. Doch dies führt zu anderen, weiteren Problemen. Die chinesischen Altstädte beispielsweise sind so gut wie verschwunden; Kulturerbe wird nicht geschützt. Wir werden uns dieser Thematik und der Möglichkeiten stärkerer Bürgerbeteiligung am Beispiel Londons nähern.

Lassen Sie mich mit ein paar Worten zum Thema „Demokratie“ schließen. Stichwörter wie „Politikverdrossenheit“ oder gar „Demokratiekrise“ erinnern uns daran: Demokratie ist ein anstrengendes Unternehmen voller Paradoxien. Schon im europäischen Raum haben wir sehr unterschiedliche Formen von parlamentarischer Demokratie; alte und neue separatistische Bewegungen, wie etwa in Katalonien und Schottland; Unzufriedenheit insbesondere der kleineren Staaten mit der EU und vieles mehr. David Cameron antwortet mit einem parteiübergreifend unterstützten Konzept für eine weitreichende Dezentralisierung von Zuständigkeiten an großstädtische Metropolregionen. Mit seinem Vorschlag verbindet er die Erwartung, die Städte zu revitalisieren und attraktiver zu machen. In vielen Großstädten weltweit, beispielsweise in Toronto, gehört die Bürgerbeteiligung zum Standard bei städtischen Entwicklungsprojekten. Tobias Voss, Bereichsleiter der Frankfurter Buchmesse, hat unlängst im Hinblick auf die Entwicklung der europäischen Städte im Mittelalter daran erinnert: „die Stadtentwicklung folgte dabei meist ortsgebundener und kollektiver Klugheit“. Gemeinsame Projekte verbinden. Gleichwohl wissen wir, dass gerade bei Großprojekten genau das Gegenteil eintreten kann: Stuttgart 21 – zur Erklärung für unsere internationalen Gäste: ein Großbauprojekt zum Umbau des Stuttgarter Bahnhofs – hat die Stadt bis in die Familien hinein tief gespalten.

In ihrer Publikation *Disillusion with Democracy* aus dem Jahr 2011 weist Prof. Dr. Janice E. Perlman auf eine UN-Studie hin. 19.000 Personen in 18 lateinamerikanischen Staaten wurden befragt. Eine Mehrheit gab an, eher einen Diktator als einen gewählten Repräsentanten unterstützen zu wollen, wenn dieser für mehr Wohlstand Sorge – keine erfreuliche, aber eine nachvollziehbare Haltung. Für die 57 Millionen Flüchtlinge weltweit, die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg, geht es zunächst einmal überhaupt um das Überleben. In vielen Ländern müssen sie gerade erleben, wie alle potenziell verantwortlichen Ebenen der Politik kläglich scheitern und Flucht und Asyl die einzigen Optionen bleiben.

Aber wo die Gefahr wächst, wächst auch das Rettende. Immer mehr Städte schließen sich angesichts zunehmender Probleme und Herausforderungen zusammen, um gemeinsam Lösungen zu finden und Best-Practice-Modelle untereinander auszutauschen. Beispiele hierfür sind das globale Städte-Netzwerk C40 (C40 Cities Climate Leadership Group), dessen beteiligte Metropolen sich dem Problem des weltweiten Klimawandels stellen; die Initiative GNSC (Global Network on Safer Cities), die 2012 vom UN-Habitat gegründet wurde; sowie der Dachverband UCLG (United Cities and Local Governments), der die Interessen von Städten und Kommunen in der internationalen Politik vertritt. Wir fragen: Können solche Netzwerke gar zu einem neuen Global-Governance-Paradigma avancieren, wie dies der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Benjamin R. Barber hinsichtlich eines „Weltparlaments der Bürgermeister“ vorschlägt? Und welche Rolle spielen sowohl städtisch wie auch international agierende Nichtregierungsorganisationen, die sich als Teil einer wachsenden globalen Zivilgesellschaft professionell und engagiert an Problemlösungen beteiligen?

Diese Fragen werden wir auch hier diskutieren, am Sonntag unter anderem mit zwei „Grandes Dames“ der Politik, nämlich Dr. h.c. Petra Roth, ehemalige Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, und Catherine Trautmann, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments und der französischen Regierung, und ehemalige Bürgermeisterin von Straßburg.

Mir bleibt jetzt nur noch ein Wort des Dankes. Meine Damen und Herren, ohne das Engagement nicht nur der bereits genannten, sondern auch der Unterstützung vieler weiterer Persönlichkeiten und Institutionen könnten die Karlsruher Gespräche nicht stattfinden.